

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 8 **München, den 31. März** **2003**

Datum	I n h a l t	Seite
24.3.2003	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und weitere Gesetze 2230-1-1-UK, 2230-7-1-UK, 2230-5-1-UK, 2035-1-F	262
25.3.2003	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Abgrenzung der Bezirke der Industrie- und Handelskammern 701-2-W	275
17.3.2003	Verordnung zur Erleichterung der Personalvertretung in der Sparkasse Mittelfranken-Süd 2035-51-I	275
-	Berichtigung der Prüfungsordnung für das Telekolleg vom 19. November 2002 (GVBl S. 857) 2236-10-2-UK	276

Einbanddecken

des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes

für die Jahrgänge **1998 bis 2002**

sind per Telefax (0 89 / 42 84 88)

zu beziehen bei

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag,

Karl-Schmid-Staße 13,

81829 München

zum Preis von je € 6,50 bis 2001 bzw. € 7,- für 2002
zuzüglich Vertriebskosten und Mehrwertsteuer.

**Bei Erteilung eines Abonnementsauftrages beträgt der Preis je
€ 6,50 zuzüglich Vertriebskosten und Mehrwertsteuer.**

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und weiterer Gesetze

Vom 24. März 2003

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 20 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 962), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) In Abschnitt II des Zweiten Teils erhält Buchst. c folgende Fassung:

„c) Förderschulen und Schulen für Kranke“

- b) Art. 20 erhält folgende Fassung:

„Art. 20 Förderschwerpunkte, Aufbau und Gliederung der Förderschulen“

- c) Art. 24 erhält folgende Fassung:

„Art. 24 Förderschulen und Schulen für Kranke; Ausführungsbestimmungen“

- d) Art. 33 erhält folgende Fassung:

„Art. 33 Förderschulen und Schulen für Kranke“

- e) In Abschnitt IV des Zweiten Teils erhält Buchst. d folgende Fassung:

„d) Schulpflicht der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und kranker Schüler“

- f) Bei Art. 41 werden die Worte „Vorschriften für Behinderte und für Kranke“ gestrichen.

2. Art. 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Die sonderpädagogische Förderung ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgabe aller Schulen. ³Sie werden dabei von den Mobilen Sonderpädagogischen Diensten unterstützt.“

3. Art. 6 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Förderschulen (Schulen zur sonderpädagogischen Förderung):

- a) allgemein bildende Förderschulen,

- b) berufliche Förderschulen;“

- bb) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. Schulen für Kranke.“

- b) In Abs. 3 werden im ersten Klammerzusatz die Worte „Mathematisch-naturwissenschaftliches“ durch die Worte „Naturwissenschaftlich-technologisches“ ersetzt.

4. Art. 8 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Realschule umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 10, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung auch weitere Jahrgangsstufen.“

5. Art. 9 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Am Gymnasium können folgende Ausbildungsrichtungen eingerichtet werden:

1. Sprachliches Gymnasium; am Sprachlichen Gymnasium kann ein humanistisches Profil mit Latein als erster und Griechisch als dritter Fremdsprache eingerichtet werden; ein solches Gymnasium führt die Bezeichnung „Humanistisches Gymnasium“,

2. Naturwissenschaftlich-technologisches Gymnasium,

3. Musisches Gymnasium,

4. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Gymnasium; dabei wird ein wirtschaftswissenschaftliches und/oder ein sozialwissenschaftliches Profil eingerichtet.

²Bei der Ausbildungsrichtung nach Satz 1 Nr. 3 können bestehende Sonderformen mit den Jahrgangsstufen 7 bis 13 weitergeführt werden.“

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 2 erhält der letzte Satz folgende Fassung:

„Es können Fächer, Vertiefungsfächer und Seminarfächer eingerichtet werden.“

bb) In Satz 2 werden die Worte „die Voraussetzungen für die Einrichtung von Kursen,“ gestrichen.

6. In Abschnitt II des Zweiten Teils erhält Buchst. c folgende Fassung:

„c) Förderschulen und Schulen für Kranke“

7. Art. 19, 20 und 21 erhalten folgende Fassung:

„Art. 19

Aufgaben der Förderschulen

(1) Die Förderschulen diagnostizieren, erziehen, unterrichten, beraten und fördern Kinder und Jugendliche, die der sonderpädagogischen Förderung bedürfen und deswegen an einer allgemeinen oder beruflichen Schule nicht oder nicht ausreichend gefördert und unterrichtet werden können.

(2) Zu den Aufgaben der Förderschulen gehören:

1. die schulische Unterrichtung und Förderung in Klassen mit bestimmten Förderschwerpunkten,

2. die vorschulische Förderung durch die Schulvorbereitenden Einrichtungen,

3. im Rahmen der verfügbaren Stellen und Mittel

a) die vorschulische Förderung durch die mobile sonderpädagogische Hilfe und

b) die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste zur Unterstützung förderbedürftiger Schüler in den Schulen anderer Schularten (allgemeine Schulen) oder in Förderschulen.

(3) ¹Die Förderschulen erfüllen den sonderpädagogischen Förderbedarf, indem sie eine den Anlagen und der individuellen Eigenart der Kinder und Jugendlichen gemäße Bildung und Erziehung vermitteln. ²Sie tragen zur Persönlichkeitsentwicklung bei und unterstützen die soziale und berufliche Entwicklung. ³Bei Kindern und Jugendlichen, die ständig auf fremde Hilfe angewiesen sind, können Erziehung und Unterrichtung pflegerische Aufgaben beinhalten.

(4) ¹Auf die Förderschulen sind die Vorschriften für die allgemeinen Schulen unter Berücksichtigung der sonderpädagogischen Anforderungen entsprechend anzuwenden. ²Für die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung gilt Art. 7 Abs. 3 entsprechend. ³Soweit es mit den jeweiligen Förderschwerpunkten vereinbar ist, vermitteln die Förderschulen die gleichen Abschlüsse wie die vergleichbaren allgemeinen Schulen.

Art. 20

Förderschwerpunkte, Aufbau und Gliederung der Förderschulen

(1) Förderschulen können gebildet werden für

1. den Förderschwerpunkt Sehen,
2. den Förderschwerpunkt Hören,
3. den Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung,
4. den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung,
5. den Förderschwerpunkt Sprache,
6. den Förderschwerpunkt Lernen,
7. den Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung.

(2) ¹Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung für die in Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Förderschwerpunkte sind Förderzentren mit dem jeweiligen Schwerpunkt. ²Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit nur einem der Förderschwerpunkte nach Abs. 1 Nrn. 5 bis 7 führen die Bezeichnungen

1. Schule zur Sprachförderung,
2. Schule zur Lernförderung oder
3. Schule zur Erziehungshilfe.

³Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, die die Förderschwerpunkte Sprache und Lernen umfassen, sind Sonderpädagogische Förderzentren; sie können auch den Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung berücksichtigen. ⁴Sonderpädagogischen Förderzentren können Klassen für Kranke angegliedert werden.

(3) Die anderen Förderschulen führen die Bezeichnung der entsprechenden allgemeinen Schulart mit dem Zusatz „zur sonderpädagogischen Förderung“ und der Angabe des Schwerpunkts nach Abs. 1.

(4) ¹Die Schulen umfassen

1. Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit Klassen
 - a) der Grundschulstufe mit den Jahrgangsstufen 1 bis 4, wobei die Klassen der Jahrgangsstufen 1 und 2 als Sonderpädagogische Diagnose- und Förderklassen geführt und um eine Jahrgangsstufe 1 A erweitert werden können, wenn die Diagnose- und Fördermaßnahmen für die Jahrgangsstufen 1 und 2 ein drittes Schulbesuchsjahr erfordern; bei Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören ist die Jahrgangsstufe 1 A verpflichtend.
 - b) der Hauptschulstufe mit den Jahrgangsstufen 5 bis 9 und, sofern Mittlere-Reife-Klassen gebildet werden können, auch mit der Jahrgangsstufe 10, wobei zur Vorbereitung auf

die berufliche Ausbildung die Jahrgangsstufen 7 bis 9 als sonderpädagogische Diagnose- und Werkstattklassen ausgebildet werden können,

- c) der Werkstufe mit den Jahrgangsstufen 10 bis 12 bei Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, wobei die Werkstufe auch die Aufgaben der Berufsschule für Schüler mit diesem Förderschwerpunkt erfüllt,
 - d) – mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde – des Berufsvorbereitungsjahres (Form B oder C) bei Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sehen, Hören oder körperliche und motorische Entwicklung,
2. sonstige allgemein bildende Schulen zur sonderpädagogischen Förderung,
 3. berufliche Schulen zur sonderpädagogischen Förderung.

²Um gleiche Abschlüsse zu erreichen, kann der Unterricht außer bei den Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung über eine Jahrgangsstufe mehr als bei den vergleichbaren allgemeinen Schulen vorgesehen verteilt werden.

(5) ¹Förderschulen, in denen auf der Grundlage der Lehrpläne der allgemeinen Schulen unterrichtet wird, können auch Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichten, sofern die personellen, räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten dies zulassen. ²Satz 1 gilt nicht für den Besuch der Jahrgangsstufe 1 A.

Art. 21

Mobile Sonderpädagogische Dienste

(1) ¹Die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste unterstützen die Unterrichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die nach Maßgabe des Art. 41 eine allgemeine Schule besuchen können; sie können auch an einer anderen Förderschule eingesetzt werden, wenn ein Schüler in mehreren Förderschwerpunkten sonderpädagogischen Förderbedarf hat und er vom Lehrpersonal der besuchten Förderschule nicht in allen Schwerpunkten gefördert werden kann. ²Mobile Sonderpädagogische Dienste diagnostizieren und fördern die Schüler; sie beraten Lehrkräfte, Erziehungsberechtigte und Schüler, koordinieren sonderpädagogische Förderung und führen Fortbildungen für Lehrkräfte durch. ³Mobile Sonderpädagogische Dienste werden von den nächstgelegenen Förderschulen mit entsprechendem Förderschwerpunkt geleistet.

(2) Die Aufnahme von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten Sehen, Hören sowie körperliche und motorische Entwicklung in die allgemeine Schule bedarf der Zustimmung des Schulaufwandsträgers; die Zustimmung kann nur bei erheblichen Mehraufwendungen verweigert werden.

(3) Für die Fördermaßnahmen können einschließlich des anteiligen Lehrerstundeneinsatzes je

Schüler in der besuchten allgemeinen Schule im längerfristigen Durchschnitt nicht mehr Lehrerstunden aufgewendet werden, als in der entsprechenden Förderschule je Schüler eingesetzt werden.“

8. Art. 22 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Noch nicht schulpflichtige Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten auch im Hinblick auf die Schulfähigkeit sonderpädagogischer Anleitung und Unterstützung bedürfen, sollen in Schulvorbereitenden Einrichtungen gefördert werden, sofern sie die notwendige Förderung nicht in anderen, außerschulischen Einrichtungen (z.B. Kindergärten) erhalten. ²Schulvorbereitende Einrichtungen sind Bestandteile von Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung; der Schulleiter leitet auch die Schulvorbereitende Einrichtung. ³Eine Schulvorbereitende Einrichtung hat keine anderen Förderschwerpunkte als die Förderschule, der sie angehört. ⁴Die Schulvorbereitenden Einrichtungen verfolgen die in Art. 19 Abs. 3 genannten Ziele in den letzten drei Jahren vor dem regelmäßigen Beginn der Schulpflicht. ⁵Sie leisten die Förderung in Gruppen, in denen die Kinder höchstens im zeitlichen Umfang wie in der Jahrgangsstufe 1 der entsprechenden Schule unterwiesen werden.“

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder“ durch die Worte „Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ und die Worte „familienunterstützend sonderpädagogische Hilfe im Kindergarten und im Rahmen der interdisziplinären Frühförderung in der Familie und in der Frühförderstelle“ durch die Worte „mobile sonderpädagogische Hilfe in der Familie, im Kindergarten und im Rahmen der interdisziplinären Frühförderung (z.B. Frühförderstellen)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „Sätze 2 und 3“ durch die Worte „Satz 2“ ersetzt.

9. Dem Art. 23 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Beim Unterricht nach den Abs. 1 und 2 sollen im Rahmen der verfügbaren Mittel die Möglichkeiten der modernen Datenkommunikation genutzt werden; der Unterricht kann ganz oder teilweise in Form des durch Datenkommunikation unterstützten Fernunterrichts (virtueller Unterricht) erfolgen.“

10. Art. 24 erhält folgende Fassung:

„Art. 24

Förderschulen und Schulen für Kranke;
Ausführungsbestimmungen

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, so weit erforderlich im Ein-

vernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und im Benehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, bei nachfolgenden Nrn. 8 und 9 auch im Benehmen mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, durch Rechtsverordnung

1. die Zuständigkeit der einzelnen Förderformen zu beschreiben und voneinander abzugrenzen;
 2. die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, das Verfahren bei der Aufnahme und bei der Überweisung in eine Förderschule sowie beim freiwilligen Besuch der Förderschule über die Schulpflicht hinaus, außerdem das Verfahren bei der Überweisung aus der Förderschule in die Volksschule oder die Berufsschule zu regeln;
 3. die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in den Förderschulen zu regeln;
 4. Aufgaben, Formen und Inhalt der Förderung sowie Organisation der Schulvorbereitenden Einrichtungen einschließlich des Zusammenwirkens zwischen privaten und öffentlichen Aufgabenträgern und die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs der Kinder im Vorschulalter zu regeln;
 5. Aufgaben, Formen, Inhalt, Umfang und Organisation der mobilen sonderpädagogischen Hilfe nach Art. 22 Abs. 2 zu regeln; für die mobile sonderpädagogische Hilfe können je Kind einschließlich der anteiligen Erzieherstunden im Kindergarten nicht mehr Betreuungsstunden aufgewendet werden, als anteilig je Kind für die Förderung in der Gruppe der entsprechenden Schulvorbereitenden Einrichtung eingesetzt werden;
 6. Aufgaben, Formen und Inhalt sowie Organisation der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste einschließlich des Zusammenwirkens öffentlicher und privater Schulen und die Verpflichtung der Schüler, von den Fördermaßnahmen Gebrauch zu machen, zu regeln;
 7. Aufgaben, Ziele, Organisation und Zuordnung der Sonderpädagogischen Diagnose- und Förderklassen sowie der Sonderpädagogischen Diagnose- und Werkstattklassen zu regeln;
 8. Aufbau, Formen, Inhalt und Organisation der Schulen für Kranke zu regeln sowie die Erlaubnis zur Weitergabe ärztlicher Erkenntnisse an die Schulen für Kranke im erforderlichen Umfang zu schaffen;
 9. Voraussetzungen, Umfang und Organisation von Hausunterricht zu regeln; die Einholung von fachärztlichen oder amtsärztlichen Gutachten kann vorgeschrieben werden.“
11. Art. 25 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 werden die Worte „Satz 2“ durch die Worte „Satz 3“ ersetzt.

- b) In Abs. 2 werden die Worte „das Zeugnis der“ durch das Wort „die“ ersetzt.
- c) In Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Es“ durch die Worte „Das Staatsministerium oder die von ihm beauftragte Stelle“ ersetzt.

12. Art. 26 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Worte „Volksschulen für Behinderte, Berufsschulen für Behinderte“ durch die Worte „Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Schulen für Kranke“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

13. Art. 27 Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Halbsatz 1 werden die Worte „nebenamtlicher oder nebenberuflicher“ durch die Worte „unterhältig beschäftigter“ ersetzt.
- b) In Halbsatz 2 werden die Worte „nebenamtlich oder nebenberuflich“ durch die Worte „mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit“ ersetzt.

14. In Art. 29 Satz 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

15. Art. 30 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 3 werden die Worte „Schulen für Behinderte“ durch das Wort „Förderschulen“ ersetzt; die Worte „,so weit es nach Lernzielen möglich ist,“ werden gestrichen.
- b) Es werden folgende Sätze 4 bis 6 eingefügt:

„⁴Dazu können mit Zustimmung der beteiligten Schulaufwandsträger auch Außenklassen von Volksschulen an Förderschulen und von Förderschulen an Volksschulen sowie Kooperationsklassen an Volksschulen gebildet werden. ⁵Erziehungsberechtigte, deren Kinder nach Art. 41 förderschulpflichtig sind, haben die Möglichkeit die Einrichtung einer Außenklasse zu beantragen. ⁶Außenklassen sollen eingerichtet werden, wenn dies organisatorisch, personell und sachlich ermöglicht werden kann.“

- c) Der bisherige Satz 4 wird Satz 7.

16. Art. 33 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Art. 33

Förderschulen und Schulen für Kranke“

- b) In Abs. 1 Satz 1 werden nach den Worten „Öffentliche Förderschulen“ die Worte „,und Schulen für Kranke“ eingefügt.

c) In Abs. 2 werden die Worte „entsprechende Behindertengruppe“ durch die Worte „Schüler mit entsprechendem sonderpädagogischem Förderbedarf“ ersetzt.

d) Abs. 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„(3) ¹Die Schulsprengel werden gebildet für öffentliche

1. Förderzentren mit den Schwerpunkten Sehen, Hören und körperliche und motorische Entwicklung, Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Sprache, mit (Teil-)Hauptschulstufe II und Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung für das Gebiet oder Teilgebiet eines Bezirks oder durch Zusammenschluss von Gebieten oder Gebietsteilen mehrerer Bezirke,

2. Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit den Förderschwerpunkten Sprache, Lernen sowie soziale und emotionale Entwicklung einschließlich der daraus gebildeten Sonderpädagogischen Förderzentren, Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und Schulen für Kranke für die Gebiete oder Teilgebiete von Landkreisen oder kreisfreien Gemeinden oder durch Zusammenschluss von Gebieten oder Gebietsteilen mehrerer Landkreise oder kreisfreier Gemeinden.

²Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke werden jeweils für einen Schulsprengel errichtet, der hinreichend groß ist, um nach der Zahl der Schüler eine grundsätzlich in Jahrgangsklassen gegliederte Schule erwarten zu lassen. ³Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann durch Bekanntmachung festlegen, in welchen Fällen bei Förderschulen von der Gliederung in Jahrgangsklassen abgewichen werden kann.

(4) ¹Die Regierung bestimmt für jede Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung und für jede Schule für Kranke in der Rechtsverordnung nach Art. 26 ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schulsprengel; für Schulvorbereitende Einrichtungen, für bestimmte Jahrgangsstufen oder für einzelne Förderschwerpunkte können gesonderte Schulsprengel gebildet werden. ²Erstreckt sich der Sprengel über das Gebiet eines Regierungsbezirks hinaus, entscheidet die Regierung, in deren Amtsbezirk die Schule ihren Sitz hat, im Einvernehmen mit der Regierung, auf deren Amtsbezirk sich der Sprengel erstrecken soll. ³Art. 32 Abs. 5 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. ⁴Für Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung gelten Art. 34 Abs. 2 und 3 entsprechend. ⁵Mittlere-Reife-Klassen können bei Bedarf von der Regierung an Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit den Schwerpunkten Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung errichtet werden. ⁶Art. 32 Abs. 7 Satz 2 gilt entsprechend.“

e) In Abs. 5 werden nach dem Wort „Förderschulen“ die Worte „und Schulen für Kranke“ eingefügt.

f) Abs. 6 wird aufgehoben.

17. Art. 36 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „aus zwingenden Gründen“ gestrichen.

18. Art. 37 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „es bis zum 30. Juni des darauf folgenden Jahres sechs Jahre alt wird und“ gestrichen.

b) In Abs. 2 wird folgender Satz 5 angefügt:

„⁵Für den Widerruf einer Aufnahme auf Antrag gelten Satz 2 Halbsatz 2 und Satz 4.“

19. Im Abschnitt IV des Zweiten Teils erhält Buchst. d folgende Fassung:

„d) Schulpflicht der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und für kranke Schüler“

20. Art. 41 erhält folgende Fassung:

„Art. 41

(1) ¹Schulpflichtige mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die am gemeinsamen Unterricht in der allgemeinen Schule nicht aktiv teilnehmen können oder deren sonderpädagogischer Förderbedarf an der allgemeinen Schule auch mit Unterstützung durch Mobile Sonderpädagogische Dienste nicht oder nicht hinreichend erfüllt werden kann, haben eine für sie geeignete Förderschule zu besuchen. ²Ein Schüler kann aktiv am gemeinsamen Unterricht der allgemeinen Schule teilnehmen, wenn er dort, gegebenenfalls unterstützt durch Maßnahmen des Art. 21 Abs. 3, überwiegend in der Klassengemeinschaft unterrichtet werden, den verschiedenen Unterrichtsformen der allgemeinen Schule folgen und dabei schulische Fortschritte erzielen kann sowie gemeinschaftsfähig ist. ³Schulpflichtige, die sich wegen einer Krankheit längere Zeit in Einrichtungen, an denen Schulen oder Klassen für Kranke gebildet sind, aufhalten, haben die jeweilige Schule oder Klasse für Kranke zu besuchen, so weit dies nicht aus medizinischen Gründen ausgeschlossen ist.

(2) ¹Eine zweite Zurückstellung von der Aufnahme in die Förderschule kann nur in besonderen Ausnahmefällen erfolgen. ²Sie kann mit Empfehlungen zur Förderung verbunden werden. ³Das Nähere bestimmt die Schulordnung.

(3) ¹Die Anmeldung an einer Förderschule soll nur erfolgen, wenn die Grundschule festgestellt hat, dass die Voraussetzungen des Abs. 1 Sätze 1 und 2 für eine Unterrichtung an der Grundschule nicht gegeben sind. ²Ausnahmen hiervon regelt die

jeweilige Schulordnung. ³Vor der Aufnahme ist ein sonderpädagogisches Gutachten zu erstellen, das den Förderbedarf beschreibt und eine Empfehlung zum geeigneten Förderort ausspricht. ⁴Die Erziehungsberechtigten sind rechtzeitig über Zeitpunkt, Art und Umfang der Begutachtung zu informieren und im Rahmen des Begutachtungsverfahrens anzuhören. ⁵Soweit erforderlich, können auch ärztliche oder schulpsychologische Gutachten ergänzend angefordert werden; eine Empfehlung des Kindergartens oder der Schulvorbereitenden Einrichtung soll einbezogen werden. ⁶Die Schulpflichtigen sind verpflichtet, an der Erstellung der Gutachten mitzuwirken. ⁷Stimmen die Erziehungsberechtigten der Aufnahme in eine Förderschule nicht zu, entscheidet das zuständige Staatliche Schulamt. ⁸Auf Antrag der Erziehungsberechtigten findet vor der Entscheidung des Schulamts eine mündliche Erörterung mit den Beteiligten statt. ⁹Kommt im Erörterungstermin kein Einvernehmen zu Stande, können die Erziehungsberechtigten verlangen, dass die Feststellungen und Empfehlungen im sonderpädagogischen Gutachten durch eine überörtliche, unabhängige Fachkommission überprüft werden; die Mitglieder der Kommission dürfen am bisherigen Verfahren nicht beteiligt gewesen sein. ¹⁰Das Schulamt hat das Votum der Fachkommission in seiner Entscheidung zu würdigen.

(4) Für Schüler, die nach Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a die Jahrgangsstufe 1 A besuchen, endet die Vollzeitschulpflicht nach zehn Schuljahren, für Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung nach zwölf Schuljahren.

(5) ¹Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die den erfolgreichen Hauptschulabschluss, den qualifizierenden Hauptschulabschluss oder den erfolgreichen Abschluss ihrer Förderschulform nicht erreicht haben, dürfen über das Ende der Vollzeitschulpflicht hinaus auf Antrag der Erziehungsberechtigten die Schule bis zu zwei weiteren Schuljahren, in besonderen Ausnahmefällen nach Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde auch ein drittes Jahr besuchen. ²Art. 38 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) ¹Für die Berufsschulpflicht der Schüler nach Abs. 1 gilt Art. 39, für die Berufsschulberechtigung Art. 40 entsprechend. ²Nicht mehr Berufsschulpflichtige sind nach Maßgabe der Schulordnung zum Berufsschulbesuch berechtigt, wenn sie an einem Förderungslehrgang teilnehmen oder ein Berufsvorbereitungsjahr besuchen wollen. ³Umschüler haben das Recht, am Unterricht der Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung teilzunehmen, sofern ein solcher Unterricht für Schulpflichtige eingerichtet ist. ⁴Die Berufsschulpflicht für Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist durch den mindestens zwölfjährigen Besuch der Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung (einschließlich Werkstufe) erfüllt.

(7) ¹Ein Schulpflichtiger, der eine allgemeine Schule besucht, kann auf Antrag der besuchten Schule oder auf Antrag seiner Erziehungsberechtigten, bei Volljährigkeit auf eigenen Antrag, unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 an eine für ihn geeignete Förderschule überwiesen werden.

²Vor der Entscheidung findet eine umfassende Beratung der Erziehungsberechtigten bzw. des volljährigen Schülers statt. ³Für das Überweisungsverfahren gelten Abs. 3 Sätze 3 bis 10 entsprechend. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Überweisung von einer Förderschulform in eine andere; zuständige Schulaufsichtsbehörde ist die Regierung. ⁵Die Schulpflicht kann auch an einer dem sonderpädagogischen Förderbedarf entsprechenden Schule nach Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 erfüllt werden.

(8) ¹Schüler einer Förderschule, von denen zu erwarten ist, dass sie am Unterricht der Volksschule oder Berufsschule mit Erfolg teilnehmen können, sind an die Volksschule oder Berufsschule zu überweisen. ²Im Übrigen können Schüler, für die die Verpflichtung zum Besuch einer Förderschule nach Maßgabe des Abs. 1 Satz 1 nicht mehr gegeben ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Schülers an die Volksschule oder Berufsschule überwiesen werden. ³Abs. 3 Sätze 5 bis 10 gelten entsprechend; zuständige Schulaufsichtsbehörde ist die Regierung.

(9) Ansprüche an Sozialleistungsträger regeln sich nach den für diese geltenden Vorschriften.“

21. Art. 42 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Für die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung gelten die Abs. 1 und 2, für die Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung gelten die Abs. 3 bis 5 entsprechend.“

22. Art. 43 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung (einschließlich der Schulvorbereitenden Einrichtungen)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „Das Schulamt kann Schüler“ durch die Worte „Die Schulaufsichtsbehörde kann Schüler bzw. Kinder“ ersetzt; die Worte „für Behinderte“ werden durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

b) Abs. 5 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 5.

d) Im neuen Abs. 5 Satz 5 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

23. In Art. 46 Abs. 3 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

24. In Art. 52 Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Pflichtschulen“ die Worte „und bei Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Volksschulen und Berufsschulen“ eingefügt.

25. In Art. 53 Abs. 7 werden in den Sätzen 1 und 2 jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

26. Art. 58 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „hauptberuflichen“ durch die Worte „mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigten“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „hauptamtlich, hauptberuflich, nebenamtlich oder nebenberuflich“ gestrichen.

27. In Art. 60 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „und Schulvorbereitenden Einrichtungen“ gestrichen, die Worte „behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher“ werden durch die Worte „von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ ersetzt.

28. In Art. 61 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

29. Art. 62 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:
 „¹Die Klassensprecher und ihre Stellvertreter wählen die drei Schülersprecher; die Schulordnungen können das Schulforum dazu ermächtigen, durch Beschluss das Wahlrecht auf alle Schüler auszudehnen.“

b) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „des Regelstundenmaßes“ durch die Worte „der Unterrichtspflichtzeit“ ersetzt.

bb) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Das Schulforum kann beschließen, dass die Wahl durch alle Schüler erfolgt.“

- cc) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

30. Art. 64 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Worte „Volksschulen für Behinderte,“ gestrichen und nach den Worten „erfüllt werden kann,“ werden die Worte „sowie an entsprechenden Schulen zur sonderpädagogischen Förderung“ eingefügt.

- b) In Abs. 2 Sätze 2 und 3 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

31. In Art. 65 Abs. 2 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

32. In Art. 66 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 2 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

33. Art. 73 Abs. 2 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Den Vorsitz bei den Beratungen führt das den Geschäftsbereich Unterricht und Kultus leitende Mitglied der Staatsregierung.“

34. Art. 79 erhält folgende Fassung:

„Art. 79

Bildstellenwesen

Die von den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden errichteten und unterhaltenen Kreis- und Stadtbildstellen (kommunale Medienzentren) versorgen die Schulen und die Träger außerschulischer Bildungs- und Erziehungsarbeit mit Medien und erfüllen die damit zusammenhängenden pädagogischen Aufgaben.“

35. In Art. 106 Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

36. In Art. 107 Abs. 2 Satz 1 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

37. In Art. 111 Abs. 1 werden nach den Worten „Ordnung des Unterrichtswesens,“ die Worte „die Sicherung der Qualität von Erziehung und Unterricht,“ eingefügt.

38. Art. 114 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 1 werden die Worte „für Behinderte und für Kranke“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

- b) In Nr. 3 wird das Wort „Ernährung,“ gestrichen.

- c) In Nr. 5 Buchst. d werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

39. In Art. 121 Abs. 1 Nr. 3 werden die Worte „Maßnahmen im Sinn des Abschnitts 2 des Arbeitsförderungsgesetzes“ durch die Worte „Bildungsmaßnahmen im Sinn des Fünften und Siebten Abschnitts des Vierten Kapitels des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

40. Art. 122 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Für Förderschulen und Schulen für Kranke kann die Schulordnung Abweichungen von Art. 49 bis 55, 62, 63 und 69 vorsehen, so weit dies wegen des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder der Krankheit der Schüler erforderlich ist.“

§ 2

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2002 (GVBl S. 326), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) In Art. 7 werden die Worte „für Behinderte“

durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

b) Art. 9 erhält folgende Fassung:

„Art. 9 Schulverbände für Volksschulen, Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Schulen für Kranke“

c) Die Überschrift des Abschnitts III des Dritten Teils erhält folgende Fassung:

„Abschnitt III

Private Förderschulen und Schulen für Kranke“

d) Art. 35 erhält folgende Fassung:

„Art. 35 Gliederung und Ausbau“

e) Art. 39 erhält folgende Fassung:

„Art. 39 (aufgehoben)“.

2. In Art. 1 Abs. 2 wird das Wort „Ernährung,“ gestrichen.

3. Art. 2 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Der Aufwand schließt die Aufwendungen für den nebenamtlichen Unterricht sowie für eine Unterrichtsvergütung entsprechend den tarifrechtlichen Bestimmungen ein.“

4. Art. 3 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Zum Schulaufwand der allgemeinen Schulen gehören auch die Aufwendungen für die behinderten Schüler sowie für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die dort nach Maßgabe des Art. 41 BayEUG unterrichtet und gefördert werden können, sowie die Aufwendungen für den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf nach Art. 30 Abs. 1 Satz 3 BayEUG an den allgemeinen Schulen. ²Die Aufwendungen für Schüler in Außenklassen nach Art. 30 Abs. 1 Satz 4 gehören zum Schulaufwand der Schule, deren Schüler die Klasse besuchen.“

5. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden die Worte „im Sinn des Bundes-Angestelltentarifvertrags“ gestrichen.

bb) Satz 4 wird aufgehoben.

6. In Art. 8 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Abs. 2 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

7. Art. 9 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Art. 9

Schulverbände für Volksschulen,
Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung
und Schulen für Kranke“

b) Abs. 10 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Mit der Errichtung von Förderzentren mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung oder der (Teil-)Hauptschulstufe einer Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Sprache, für das Gebiet mehrerer Bezirke oder Teilen davon, einer anderen Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung oder einer Schule für Kranke für das Gebiet mehrerer Landkreise oder kreisfreier Gemeinden oder Teilen davon entsteht ein Förderschulverband oder ein Krankenhaus-Schulverband aus den beteiligten Gebietskörperschaften, soweit nicht eine Regelung nach Art. 8 Abs. 2 getroffen ist.“

bb) In Satz 2 wird das Wort „Förderschulverbänden“ durch das Wort „Schulverbänden“ ersetzt.

8. Art. 10 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 und Satz 2 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

bb) In Satz 5 werden nach den Worten „Schüler der Förderschulen“ die Worte „oder der Schulen für Kranke“ und nach den Worten „zuständigen Förderschule“ die Worte „oder Schule für Kranke“ eingefügt.

b) Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie beträgt bei

Volksschulen	920 €
Realschulen, Abendrealschulen	844 €
Gymnasien (einschließlich Kollegs), Abendgymnasien	741 €
Wirtschaftsschulen	971 €.“

c) In Abs. 4 Sätze 1 und 2 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

d) Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. bei Förderzentren mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung und bei Teilhaupt-

schulstufen II der Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Sprache, sowie bei Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung der Bezirk des gewöhnlichen Aufenthalts der Schüler,“

- e) In Abs. 8 Satz 2 wird der Betrag „13 “ durch den Betrag „15 “ ersetzt.
- f) In Abs. 9 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.
9. In Art. 11 Abs. 1 wird das Wort „Blinde,“ gestrichen.
10. In Art. 16 Abs. 3 werden nach dem Wort „Förderschulen“ die Worte „und Schulen für Kranke“ eingefügt.
11. Art. 17 erhält folgende Fassung:

„Art. 17

Lehrpersonalzuschüsse für Gymnasien, Realschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs

(1) ¹Der Schulträger erhält einen Lehrpersonalzuschuss in Höhe von 61 v.H. des Lehrpersonalaufwands. ²Zur Ermittlung des Lehrpersonalaufwands wird die sich aus Abs. 2 ergebende Zahl der zuschussfähigen Lehrpersonalstunden mit den pauschalisierten Kosten einer Lehrpersonalstunde multipliziert. ³Als Kosten einer Lehrpersonalstunde gelten bei Realschulen und Abendrealschulen ein Vierundzwanzigstel der Jahresbezüge eines staatlichen Beamten der Besoldungsgruppe A 13, bei Gymnasien (einschließlich Kollegs) und Abendgymnasien ein Dreiundzwanzigstel der Jahresbezüge eines staatlichen Beamten der Besoldungsgruppe A 14. ⁴Der Berechnung der Bezüge werden zu Grunde gelegt das Grundgehalt der achten Stufe, der Familienzuschlag der Stufe 1, die jährliche Sonderzuwendung, ein Versorgungszuschlag von 30 v.H. aus diesen Bezügen sowie das Urlaubsgeld.

(2) Die zuschussfähigen Lehrerwochenstunden einer Schule werden unter Zugrundelegung der nachstehenden Tabellen ermittelt.

A:

Gymnasien und Kollegs

Berechnung Lehrerwochenstunden (LWStd)

LWStd für Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 13 bzw. für Schüler der Kollegs

Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 13 bzw. Schüler der Kollegs	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 100	1,50	-	-
101 bis 200	1,45	100	150
201 bis 300	1,40	200	295
301 bis 400	1,35	300	435
401 bis 500	1,30	400	570
501 bis 600	1,25	500	700
601 bis 700	1,20	600	825
701 bis 800	1,20	700	945
801 bis 900	1,20	800	1065
901 bis 1000	1,15	900	1185
ab 1001	1,15	1000	1300

Zuschlag Musik:

0,25 LWStd je Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 11 des Musischen Gymnasiums bzw. in der musischen Ausbildungsrichtung

Kollegstufenzuschlag:

Kollegstufenzuschlag für die Jahrgangsstufen 12 u. 13	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 40	0,80	-	-
41 bis 90	0,60	40	32
91 bis 140	0,50	90	62
ab 141	0,45	140	87

B:

Realschulen Berechnung

Lehrerwochenstunden (LWSt)

Schüler	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 100	1,40	-	-
101 bis 200	1,35	100	140
201 bis 300	1,30	200	275
301 bis 400	1,25	300	405
401 bis 500	1,20	400	530
501 bis 600	1,20	500	650
601 bis 700	1,20	600	770
701 bis 800	1,15	700	890
ab 801	1,15	800	1005

C:

Abendgymnasien

Schüler	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 25	1,50	-	-
26 bis 50	1,40	25	38
51 bis 75	1,30	50	73
76 bis 100	1,20	75	106
ab 101	1,20	100	136

D:

Abendrealschulen

Schüler	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 25	1,40	-	-
26 bis 50	1,30	25	35
51 bis 75	1,20	50	68
76 bis 100	1,10	75	98
ab 101	1,10	100	126

(3) Maßgebend für die Zahl der Schüler sind jeweils die Verhältnisse am Stichtag der amtlichen

Statistik für das dem Haushaltsjahr vorhergehende Jahr; bei Neugründungen sind bis zum Vorliegen statistischer Zahlen die tatsächlichen Verhältnisse maßgebend.

(4) Die Tabellen in Abs. 2 sind im Abstand von jeweils vier Jahren zu überprüfen und in angemessener Weise anzupassen, wenn sich die Schüler-Lehrerrelation an staatlichen Schulen der jeweiligen Schulart wesentlich verändert hat.“

12. Art. 18 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 4 erhält Halbsatz 2 folgende Fassung:

„ist eine solche Schülermindestzahl nicht festgelegt, mindert sich der Lehrpersonalzuschuss anteilig in dem Verhältnis, in dem die tatsächliche Schülerzahl zur Hälfte der vorgeschriebenen Schülerzahl (Richtzahl) bei vergleichbaren staatlichen Schulen steht.“

b) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „Satz 3“ durch die Worte „Satz 4“ ersetzt.

13. Art. 19 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „800 DM“ durch die Worte „486 “ ersetzt.

14. In Art. 20 Abs. 1 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

15. In Art. 22 Abs. 2 Satz 5 werden die Worte „individuellen Lernförderung“ durch die Worte „sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Lernen“ ersetzt.

16. Art. 33 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Abweichend von Satz 1 kann zur Erprobung eines vereinfachten Abrechnungsverfahrens durch öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Schulträger vereinbart werden, dass für einzelne in Art. 2 Abs. 1 genannte Personengruppen die Vergütung nach besonderen, nicht auf die Merkmale einzelner Beschäftigungsverhältnisse abstellenden Pauschalen erfolgt.“

b) Es wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) ¹Soweit die Leistungen nach Abs. 1 die tatsächlichen Aufwendungen für den notwendigen Personalaufwand nicht decken, können auf Antrag zum Ausgleich besonderer Härten freiwillige Zuschüsse nach Maßgabe des Staatshaushalts gewährt werden. ²Die Zuschüsse werden nur geleistet, wenn die Schule staatlich

anerkannt ist und der Schulträger sich verpflichtet, alle Schüler aus dem Einzugsbereich der Schule, die auf Grund ihres festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfs diese Schule zu besuchen haben, aufzunehmen; Schulen, die nicht staatlich anerkannt sind, können insgesamt für längstens drei Jahre freiwillige Leistungen zum Ausgleich besonderer Härten erhalten, wenn sie bei der Antragstellung erklären, die staatliche Anerkennung beantragen zu wollen.³Bei der Bemessung der Zuschüsse werden nur die Aufwendungen berücksichtigt, die auch an vergleichbaren staatlichen Schulen entstünden.“

17. Art. 34 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Für den notwendigen Schulaufwand erhält der Schulträger bei Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung, bei Sonderpädagogischen Förderzentren und bei Schulen für Kranke einen Zuschuss in Höhe von 80 v. H., bei den übrigen Schulen zu 100 v. H.; die Kosten für die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg werden zu 100 v. H. ersetzt.“

18. Art. 35 erhält folgende Fassung:

„Art. 35

Gliederung und Ausbau

Private Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung erhalten staatliche Leistungen nach Art. 33 und 34 nur, wenn sie in Gliederung und Ausbau dem Art. 33 Abs. 3 Sätze 2 und 3 BayEUG entsprechen und in jeder danach zulässigen Klasse oder Gruppe mehr Schüler als die Hälfte der durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus festgesetzten Schülerhöchstzahl je Klasse oder Gruppe betreuen.“

19. In Art. 37 Sätze 1 und 2 werden jeweils die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

20. Art. 38 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Nr. 2 wird die Zahl „90“ durch die Zahl „112“ ersetzt.

b) Abs. 3 wird aufgehoben; der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.

c) Im neuen Abs. 3 erhält Satz 1 folgende Fassung:

„¹Die Gewährung von Zuschüssen nach den Abs. 1 und 2 sowie nach Art. 40 setzt voraus, dass die Schule in aufsteigenden Jahrgangsstufen voll ausgebaut ist und Abschlussprüfungen in zwei aufeinander folgenden Schuljahren von mindestens zwei Dritteln der Schüler, die am 1. Oktober des jeweiligen Schuljahres die letzte Jahrgangsstufe besuchten, mit Erfolg abgelegt worden sind.“

d) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann den Schulträgern zur Auflage machen, Verwendungsnachweise sowie Gewinn- und Verlustrechnungen vorzulegen, aus denen die jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Schulen ersichtlich sind.“

21. Art. 39 wird aufgehoben.

22. Art. 41 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 wird die Zahl „90“ durch die Zahl „100“ ersetzt.

b) Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Bewilligungsbehörde kann den Schulträgern zur Auflage machen, Verwendungsnachweise sowie Gewinn- und Verlustrechnungen vorzulegen, aus denen die jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Schulen ersichtlich sind.“

23. Art. 45 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden das Wort „Steiner“ durch das Wort „Steiners“ sowie die Worte „des letzten Ausbildungsabschnitts“ durch die Worte „ , die am 1. Oktober des jeweiligen Schuljahres die letzte Jahrgangsstufe besuchten,“ ersetzt.

bb) Die Sätze 2 bis 7 werden aufgehoben.

cc) Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

„²Bei Freien Waldorfschulen wird der Kollegstufenzuschlag des Art. 17 Abs. 2 Tabelle A für Schüler der 13. Jahrgangsstufe gewährt, darüber hinaus auch für Schüler der 12. Jahrgangsstufe, so weit dort Kursunterricht wie in der Kollegstufe des Gymnasiums eingerichtet ist.“

dd) Die bisherigen Sätze 8 und 9 werden Sätze 3 und 4.

ee) Im neuen Satz 3 erhält Nr. 2 folgende Fassung:

„2. Abschlussprüfungen in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren von mindestens zwei Dritteln der Schüler, die am 1. Oktober des jeweiligen Schuljahres die letzte Jahrgangsstufe der in Art. 38 genannten Schularten bzw. die den letzten Ausbildungsabschnitt der in Art. 41 genannten Schularten besuchten, mit Erfolg abgelegt worden sind,“

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Für staatlich genehmigte Ersatzschulen der in Art. 38 und 41 genannten Schularten sowie für Ersatzschulen nach Abs. 1, die die Voraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 oder Satz 2 nicht erfüllen, erhält der Schulträger einen Zuschuss in Höhe von 65 v. H. des Zuschusses nach Art. 38 oder 41, wenn

1. eine Schule als Gymnasium mindestens sechs, als Realschule mindestens vier, als berufliche Schule oder als Schule des Zweiten Bildungsweges mindestens drei Schuljahre betrieben wurde und der Schulbetrieb auf Dauer angelegt ist, und

2. keine wesentlichen schulaufsichtlichen Beanstandungen bestehen.

²Die Freie Waldorfschule gilt im Sinn von Satz 1 Nr. 1 ab Jahrgangsstufe 5 als Gymnasium. ³Art. 38 Abs. 4 gilt entsprechend.“

c) Abs. 3 wird aufgehoben.

d) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.

24. In Art. 46 Satz 2 werden die Worte „und Förderschulen“ ersetzt durch die Worte „Förderschulen und Schulen für Kranke“.

25. In Art. 47 Abs. 4 werden die Worte „der Beträge“ durch die Worte „des Betrags“ ersetzt.

26. In Art. 54 Abs. 2 werden nach den Worten „privater Förderschulen“ die Worte „oder privater Schulen für Kranke“ eingefügt.

27. In Art. 56 Abs. 3 werden die Worte „Abs. 4“ jeweils durch die Worte „Abs. 3“ ersetzt.

28. Art. 60 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 4 werden die Worte „für Behinderte“ durch die Worte „zur sonderpädagogischen Förderung“ ersetzt.

bb) In Nr. 6 wird die Zahl „42“ durch die Zahl „41“ ersetzt.

cc) In Nr. 12 werden die Worte „Volks- und Förderschulen“ durch die Worte „Volksschulen, Förderschulen und Schulen für Kranke“ ersetzt.

dd) In Nr. 13 werden nach dem Wort „Förderschule“ die Worte „und der Schule für Kranke“ eingefügt.

b) In Satz 3 werden nach dem Wort „Betriebszuschüsse“ die Worte „sowie von Art. 34 abweichende Regelungen für den Schulaufwand“ eingefügt.

§ 3

Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes

Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SchKfrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 452, BayRS 2230-5-1-UK), zuletzt geändert durch § 40 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 2 werden die Worte „der Lebenshaltung für Vierpersonenhaushalte von Arbeitern und Ange-

stellten mit mittlerem Einkommen“ durch die Worte „für die allgemeine Lebenshaltung aller Haushalte in Bayern“ ersetzt.

2. In Satz 6 werden nach dem Wort „Bundeskindergeldgesetz“ die Worte „oder vergleichbare Leistungen“ eingefügt.

3. In Satz 7 werden die Worte „Satz 5“ durch die Worte „Satz 6“ ersetzt.

§ 4

Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Art. 6 Abs. 4 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 443), erhält folgende Fassung:

„(4) Die Gesamtheit der Volksschulen innerhalb eines Bereichs eines Staatlichen Schulamts und die Gesamtheit der der Aufsicht einer Regierung unterstehenden Förderschulen und Schulen für Kranke bilden je eine Dienststelle im Sinn dieses Gesetzes; Abs. 3 findet keine Anwendung.“

§ 5

Übergangs- und Schlussvorschriften

(1) ¹Dieses Gesetz tritt am 1. August 2003 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten § 2 Nr. 22 mit Wirkung vom 1. Januar 2002, § 1 Nr. 11 Buchst. c und § 3 mit Wirkung vom 1. August 2002 und § 2 Nr. 1 Buchst. e, Nrn. 11, 12 Buchst. a und Buchst. b Doppelbuchst. aa, Nrn. 20, 21, 23 und Nr. 27 mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

(2) Für Schüler, die sich bei In-Kraft-Treten

1. des § 1 Nr. 5 Buchst. a in der sechsten oder einer höheren Jahrgangsstufe befinden, trifft das Staatsministerium für Unterricht und Kultus durch Rechtsverordnung eine Übergangsregelung, wonach grundsätzlich die der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung des Art. 9 Abs. 3 entsprechenden Vorschriften der Schulordnung weiterhin in Kraft bleiben; diese Vorschriften können im bisher zulässigen Umfang geändert werden;

2. des § 1 Nr. 5 Buchst. b in der Kollegstufe befinden, trifft das Staatsministerium für Unterricht und Kultus durch Rechtsverordnung eine Übergangsregelung, wonach grundsätzlich die der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung des Art. 9 Abs. 4 entsprechenden Vorschriften der Schulordnung weiterhin in Kraft bleiben; diese Vorschriften können im bisher zulässigen Umfang geändert werden.

(3) ¹Schulvorbereitende Einrichtungen, die bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nicht im Sinn von § 1 Nr. 8 Buchst. a mit einer Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung verbunden sind, können längstens für einen Zeitraum von fünf Jahren ab In-Kraft-Treten dieses Gesetzes als selbstständige Schulvorbereitende Einrichtungen bestehen bleiben; selbstständige

öffentliche Schulvorbereitende Einrichtungen sind innerhalb dieses Zeitraums einer bestehenden Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung anzugliedern oder aufzulösen. ²Bei Schulvorbereitenden Einrichtungen in privater Trägerschaft, die am 1. August 2008 die Voraussetzungen des § 1 Nr. 8 Buchst. a des Gesetzes nicht erfüllen, ist die schulaufsichtliche Genehmigung zurückzunehmen.

München, den 24. März 2003

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

701-2-W

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die Abgrenzung
der Bezirke der
Industrie- und Handelskammern**

Vom 25. März 2003

Auf Grund des Art. 8 des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern – AGIHKG – (BayRS 701-1-W) erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

§ 1 der Verordnung über die Abgrenzung der Bezirke der Industrie- und Handelskammern – BezVIHK – (BayRS 701-2-W) wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) ¹Die Industrie- und Handelskammer Lindau-Bodensee wird mit der Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben vereinigt. ²Die Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben führt den Namen Industrie- und Handelskammer Schwaben.“

2. Der bisherige Abs. 1 wird Abs. 2 und wie folgt geändert:

a) Nr. 9 erhält folgende Fassung:

„9. Industrie- und Handelskammer Schwaben den Regierungsbezirk Schwaben.“

b) Nr. 10 wird aufgehoben.

3. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

München, den 25. März 2003

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2035-51-I

**Verordnung
zur Erleichterung
der Personalvertretung
in der Sparkasse Mittelfranken-Süd**

Vom 17. März 2003

Auf Grund des Art. 91 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 443), erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Amtszeit des derzeitigen Personalrats der Vereinigten Sparkassen Weißenburg i. Bayern wird bis zum Beginn der Amtszeit des nach § 3 zu wählenden Personalrats, längstens jedoch bis zum 30. November 2003, verlängert.

§ 2

Die Geschäfte der Personalvertretung in der umgebildeten Sparkasse Mittelfranken-Süd werden bis zum Beginn der Amtszeit des nach § 3 zu wählenden Personalrats, längstens jedoch bis zum 30. November 2003, durch die bisherigen Personalräte der Sparkasse Roth-Schwabach und der Vereinigten Sparkassen Weißenburg i. Bayern vorübergehend gemeinsam wahrgenommen.

§ 3

Die Neuwahl der Personalvertretung der umgebildeten Sparkasse Mittelfranken-Süd ist so rechtzeitig durchzuführen, dass die neu gewählten Personalratsmitglieder spätestens am 1. Dezember 2003 ihr Amt angetreten haben.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2003 in Kraft und mit Ablauf des 30. November 2003 außer Kraft.

München, den 17. März 2003

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

2236-10-2-UK

Berichtigung

§ 16 Abs. 3 der Prüfungsordnung für das Telekolleg vom 19. November 2002 (GVBl S. 857, BayRS 2236-10-2-UK) lautet richtig wie folgt:

„(3) ¹Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Grund der Zeugnisnoten über das Bestehen der Abschlussprüfung. ²Die Abschlussprüfung hat nicht bestanden, wer in einem Pflichtfach die Zeugnisnote 6 oder in zwei Pflichtfächern die Zeugnisnote 5 erhalten hat.“

München, den 10. März 2003

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Dr. Berggreen-Merkel, Ministerialdirigentin

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01 / 02, Telefax 0 89 / 42 84 88.

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich € 33,25 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer) zzgl. Vertriebskosten, für Einzelnummern bis 8 Seiten € 2,05, für weitere 4 angefangene Seiten € 0,25, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten € 0,25 + Vertriebskosten + Mehrwertsteuer. Bankverbindung: Bayer. Landesbank München, Kto.Nr. 110 24 592, BLZ 700 500 00.

ISSN 0005-7134